

**Beschluss der 69. Europaministerkonferenz  
am 11./12. November 2015 in Wiesbaden**

**TOP 9: Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich von  
Großbritannien und Nordirland mit dem Ziel des Ver-  
bleibs in der Europäischen Union**

Berichterstatter: Hessen

**Beschluss**

1. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz nehmen zur Kenntnis, dass der britische Premierminister David Cameron am Dienstag in London und in einem Brief an EU-Ratspräsident Donald Tusk seine Forderungen für eine EU-Reform vorgelegt hat, die er vor dem Referendum im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland mit der Europäischen Union verhandeln will. Zu den Forderungen gehören u.a. eine Begrenzung der Zuwanderung ins Vereinigte Königreich, mehr Rechte für nationale Parlamente, gleiche Rechte für Euro- und Nicht-Euro-Mitglieder sowie eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch Deregulierung und Bürokratieabbau.
2. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz bekräftigen, dass der Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union wichtig für den europäischen Integrationsprozess und auch für die Stabilität der Europäischen Union ist. Umgekehrt ist aus Sicht der Mitglieder der Europaministerkonferenz die Mitgliedschaft auch für das Vereinigte Königreich selbst schon allein aufgrund des Binnenmarkts und der Verflechtungen innerhalb der Wirtschaft unerlässlich.

3. Sie bitten daher die Europäische Kommission und die Bundesregierung, die weiteren Verhandlungen engagiert und mit dem Ziel zu verfolgen, das Vereinigte Königreich in der Europäischen Union zu halten. Dabei sind die europäischen Grundwerte und die Grundfreiheiten aus Sicht der Mitglieder der Europaministerkonferenz nicht verhandelbar. Ebenso darf das Integrationsziel an sich nicht infrage gestellt werden.

**Protokollerklärung des Freistaats Bayern:**

Aus Sicht Bayerns sollten im Interesse eines Verbleibs Großbritanniens in der EU die Verhandlungen nicht von vornherein durch Negativkataloge erschwert werden. Bayern bekräftigt den hohen Stellenwert der Freizügigkeit in der EU.